

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,50 Mk. Einzelnummern 10 Pfg. Otolongo Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reichenburg Zweigl. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Haberle & Co. Wildbad. : Postcheckkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. x Rabatt nach Tarif. für Offerten u. bei Auskunftsstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gae in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 5

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 8. Januar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

## Kutiskers Geschäftsmanier

### Unerhörter Wucher

Die Untersuchung gegen den Hauptwindler Kutisker, der in Holland verhaftet und von Lettland festlich verfolgt, in Berlin aber zu unerhörtem Reichtum und noch unerhörterer Macht gelangte, so daß eine große Zahl von Beamten und Reichs- und Landtagsabgeordneten usw. ihm zur Verfügung standen, hat höchst interessante Einzelheiten über die Geschäftsgebarung Kutiskers ans Tageslicht gefördert, die es ihm ermöglichte, sich der ganzen großen Zahl von Industriellen und anderen Unternehmungen zu bemächtigen, die er schließlich unter dem Namen Kutisker-Konzern vereinigte.

Eine günstige Gelegenheit für die Auffaugung von Betrieben war die zu Beginn der Währungsfestigung eintretende und von dem neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht absichtlich nicht gelinderte Geld- und Kreditnot. Und ein Musterbeispiel von den vielen Fällen in der Praxis Kutiskers ist die Abwürgung der Mechanischen Treibriemen-Aktiengesellschaft in Tempelhof, deren Direktor Grieger, nun ebenfalls als Opfer Kutiskers verhaftet worden ist, weil er seinen Namen unter oberfaule Wechsel setzen mußte, die Kutisker der Preussischen Staatsbank als „Sicherheit“ für die großen Kredite gab, die er von dieser Bank erhielt.

Am 5. Dezember 1923 verkaufte Kutisker an Direktor Grieger, mit dem er damals noch in loser Fühlung stand, 15 000 Dollar-Goldanleihe zum Preis von 63 000 Mark, auf die Kutisker 20 Prozent Aufschlag berechnete, so daß die Mechanische Treibriemenfabrik Kutisker gegenüber eine Verbindlichkeit von 75 600 Mark besaß. Bis zum 15. Dezember verlangte Kutisker für diese Schuld täglich 8 Prozent Zinsen, und nach zehn Tagen beliefen sich die Zinsen bereits auf 46 468 Mark. An diesem Tag gab Kutisker der Treibriemenfabrik abermals 30 000 Mark. Die Gesamtzinssumme der nunmehr entstandenen Verpflichtungen von rund 107 000 Mark belief sich am 5. Januar 1925 bereits auf 128 000 Mark. Direktor Grieger war es trotz seiner enormen Verschuldung möglich, in kurzer Zeit das geliehene Kapital an Kutisker zurückzahlen, doch hatte er im August 1924 für die ursprünglich recht kleine Schuld die riesenhafte Zinssumme von rund 1,3 Millionen Mark zu zahlen. Kutisker ließ sich nun das gesamte Lager und die ganzen Maschinen verpfänden, kaufte den Aktienbesitz Griegers für den vierten Teil des Wert und ließ noch für kurze Zeit den früheren Besitzer der Fabrik, Grieger, als Direktor im Betriebe, um ihn dann kurze Zeit darauf Knall und Fall zu entlassen.

Grieger verfluchte, gegen Kutisker bei der Staatsanwaltschaft wegen Wuchers vorzugehen, und stellte das gesamte Material gegen Kutisker in der Wohnung der Prokuristin Brecht zusammen. Kutisker erfuhr von Anenten von dieser ihm drohenden Gefahr, und bestellte die Prokuristin in die Steinbank. Dort wurde sie von zwei Beamten des Polizeipräsidiums, dem Kriminalkommissar Schäfer und dem Betriebsassistenten Stemmermann, festgehalten. Man fuhr mit der Prokuristin in der Begleitung des Reffen Kutiskers, Salomonohn, in die Wohnung des Fräulein Brecht, wo die beiden Polizeibeamten eine Hausdurchsuchung vornahmen und das Kutisker belastende Material auffanden. Man packte die Dokumente in einen Koffer, und die beiden Polizeibeamten kehrten nach der Hausdurchsuchung bemerkenswerterweise nicht in das Polizeipräsidium zurück, wo die Dokumente hätten sicher gestellt werden sollen, sondern man fuhr in die Steinbank? (die Bank Kutiskers, in deren Besitz er sich auf ähnliche Weise gefehlt hatte), wo Kriminalkommissar Schäfer dem Generaldirektor Kutisker und dessen Repräsentanten, einem Herrn von Kohl, die Dokumente übergab. Trotz ihres Protestes konnte die Prokuristin Brecht die Papiere, die Eigentum des Direktors Grieger waren, nicht zurück erhalten. Sie blieben zunächst im Betrieb der Steinbank, und die Prokuristin Brecht erhielt erst nach mehreren Tagen den leeren Koffer zurück. Eine ähnliche Hausdurchsuchung, die wenige Tage später von Kutisker bei einem Kaufmann Kaczinski verübt wurde, der ebenfalls mit dem Inhaber der Mechanischen Treibriemen-A.-G. Geldgeschäfte gemacht hatte, die Kutisker unangenehm zu werden drohten, verlief ergebnislos, weil Kaczinski sich erfolgreich einer Durchsuchung seines Büros widersetzte.

Gegen den Berliner Polizeipräsidenten Richter wird von Berliner Blättern ebenfalls eine Untersuchung verlangt.

Das Verhör der vier Brüder Barmat hat am Montag begonnen. Weitere Beamte der Preussischen Staatsbank sind verhaftet worden.

## Die Völkerwanderung im Südosten

Aus türkischen Quellen kommt die überraschende Nach-

## Tagespiegel

Der Reichstag wählte zum Präsidenten Abg. Löbe (Soz.), der bis 4. Mai 1924 Präsident gewesen war, mit 231 von 447 abgegebenen Stimmen. Abg. Wallraf (Dnl.) erhielt 112, Abg. v. Kardorff (D. Vp.) 51 Stimmen.

Das italienische Abgeordnetenhaus trifft am 12. Januar zur Beratung der Wahlreform zusammen.

Der amerikanische Botschafter in London, Kellogg, soll zum Bundesanwalt ernannt und durch James Beck ersetzt werden. — Kellogg vertritt die Vereinigten Staaten auf der gegenwärtigen Finanzministerkonferenz in Paris.

Die ägyptische Regierung mußte die Mittel zur Verstärkung des englischen Heeres in Ägypten um zwei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Reiter bewilligen. Auch einige (englische) Flugzeugschwader sollen errichtet werden.

richt, daß der serbische Vertreter in Konstantinopel, Schwitowski, der türkischen Regierung den Vorstoß unterbreitet habe, die in Mazedonien ansässigen Mohammedaner nach der Türkei abzuschieben. Die Türkei hat entgegenkommend geantwortet, jedoch die Bedingung gestellt, daß weitere Einzelheiten noch genau vereinbart werden müßten, und daß die Umsiedlung innerhalb drei Jahren durch einen Vertreter des Roten Halbmonds (die türkische Art des Roten Kreuzes) von Solun aus geleitet werde. Es wird sich um annähernd 100 000 Köpfe handeln, die in den Bezirken von Uesküb, Kumanowa, Schip und Bewahel anässig und fast ausnahmslos Arnauten sind. Danach sträubt sich die Türkei nicht mehr gegen einen nichttürkischen Bevölkerungszuwachs, vorausgesetzt, daß die Einwanderer Mohammedaner sind. Man wird sie in Anatolien berartig unterbringen, daß ein vollkommenes Aufgehen in das Türkentum nur eine Frage der Zeit sein wird. Dafür, daß diese Arnauten selbst den Wunsch äußern, nach der Türkei verhandelt zu werden, wird die tschechoslowakische Regierung wohl sorgen. Mazedonien wird noch menschenleerer als es schon war. Viele Tausende von mazedonischen Bulgaren sind vor den Serben über die Grenzen nach Bulgarien geflohen, andre Tausende werden folgen.

Nach der Austreibung der Arnauten aus Mazedonien werden in Südwesten noch die fest zueinander und zu ihrem Boden haltenden mohammedanischen Bosnier bleiben, die in der Zeit österreichischer Verwaltung Bosniens und der Herzegowina sich kulturell gut entwickelt haben und nicht so leicht über sich verfügen lassen werden.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 6. Januar.

Bei der gestrigen Eröffnung des Reichstags durch den 79jährigen Alterspräsidenten Bock-Gotta (Soz.) um 3,20 Uhr nachmittags waren 434 Abgeordnete anwesend. Die Abgg. Thälmann und Verh (Komm.) beantragten unter den Zurufen ihrer Partei die Freilassung der politischen Gefangenen.

Abg. Dr. Scholz: Eine sachliche Verhandlung im Reichstag sei erst möglich, wenn eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden sei. Er beantragt, die Sitzung abzubrechen und die Präsidentenwahl solange zu verschieben.

Die Abgg. Fehrenbach (Ftr.), Wittmann (Soz.), Erkelenz (Dem.) und Könen (Komm.) widersprechen dem Antrag, der gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt wird.

Das Haus beschließt, die nächste Sitzung am Mittwoch nachmittags 2 Uhr, abzuhalten. Tagesordnung: Präsidentenwahl und Freilassung der Gefangenen.

Die deutschnationale Fraktion hat die Anfrage eingebracht, aus welchen Gründen die erwartete Aufhebung des Beamtenbesoldungssperregesetzes noch nicht erfolgt sei. Weitere Anträge der Fraktion verlangen die Vorlage von Gesetzentwürfen über das neue Beamtenrecht, die Dienststrafenverordnung, das Beamtenvertretungsgesetz und die Aufhebung bezw. Abänderung der Personalabbauperordnung.

In der Sitzung am Mittwoch wurde Abg. Löbe (Soz.) zum Reichstagspräsidenten gewählt.

## Neue Nachrichten

### Deutschnationale Ablehnung der Ministerposten

Berlin, 7. Jan. Die deutschnationalen Abgeordneten von Kries und Neuhaus haben im Einverständnis mit der Fraktion die Einladung des Reichskanzlers Dr. Marx zum Eintritt in das „überparteiliche“ Kabinett abgelehnt mit der Begründung: Die ihnen zugedachten Ministerposten seien ohne jeden politischen Einfluß, die

deutschnationale Fraktion würde also, obgleich sie weitaus die härteste bürgerliche Fraktion sei, von jedem politischen Einfluß ausgeschaltet sein. Dies sei eine von der Fraktion unannehmbare Zumutung.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit, daß sie kein Kabinett der Mitte, auch kein verschieleertes, unterstützen werde. Die großen bevorstehenden Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die Regierung sich auf eine feste bürgerliche Mehrheit stützen könne. In Reichstagskreisen wird davon gesprochen, daß Dr. Marx infolge dessen seinen Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgeben werde.

### Jarres lehnt ab

Berlin, 7. Jan. Im Verlauf der Bemühungen um die Neubildung des Kabinetts hat der Reichskanzler Dr. Marx den Innenminister und Vizekanzler Dr. Jarres gebeten, das Ministerium auch im neuen Kabinett beizubehalten. Dr. Jarres hat diese Bitte abgelehnt, weil er sich verpflichtet fühle, seinen Oberbürgermeisterposten in Duisburg wieder zu übernehmen, nachdem ihn die Befehlsbehörden zu diesem Amt wieder zugelassen haben.

### Eröffnung des preussischen Landtags

Der neu eröffnete preussische Landtag erhob, mit Ausnahme der Kommunisten, Einspruch gegen die verweigernde Räumung des Kölnner Gebietes. Die Kommunisten verlangten sofortige Beratung ihrer Strafanträge, wogegen Einspruch erhoben wurde. Ein sozialdemokratischer Antrag, die nächste Sitzung am Mittwoch abzuhalten, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Sitzung wurde auf Donnerstag festgesetzt.

Die Zentrumsfraktion des Landtags hat beschlossen, ihren Minister Braun im Kabinett zu belassen. Entscheidend wird die Stellung der Wirtschaftlichen Vereinigung sein.

### Austritt der volksparteilichen Minister aus dem preussischen Kabinett

Berlin, 7. Jan. In der gestrigen Sitzung des preussischen Kabinetts wurde die durch die letzten Wahlen vom 7. Dezember geschaffene neue Lage beraten. Die bisher bestehende Große Koalition ist durch die Wahlen in die Minderheit gekommen. Trotzdem beschloß das Kabinett mit den Stimmen der Minister der Sozialdemokratie, Demokratie und des Zentrums, nicht zurückzutreten. Daraus erklärten die volksparteilichen Minister von Böllig (Unterrieth) und von Richter (Finanzen) ihren Austritt aus dem Kabinett, da das Kabinett nach den Wahlen keine verfassungsmäßige Grundlage mehr habe.

### Die Note des Botschafterrats

Berlin, 7. Januar. Am Montag, den 5. Januar, ist die Note des Pariser Botschafterrats, die den Vertragsbruch von Köln begründen soll, der Reichsregierung übergeben worden. Sie enthält die bereits bekannten Anschuldigungen: der verbotene Große Gefangenen sei in anderer Form wieder hergestellt worden; Freiwillige werden auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet; die Umstellung der Kriegsfabriken sei bei weitem noch nicht durchgeführt; bedeutende Ueberstände an Kriegsmaterial seien entdeckt worden; die Umgestaltung der staatlichen Polizei habe noch nicht begonnen; die Regierung habe bei weitem noch nicht alle geforderten gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen getroffen. Daher seien die Vorbedingungen für die Räumung nach Art. 429 nicht gegeben. Einzelnes werde der Reichsregierung noch mitgeteilt werden.

### Die Antwort der Reichsregierung

Bereits am 6. Januar ist die Antwort der Reichsregierung den Botschaftern und Gesandten in Berlin überreicht worden. Sie wird am Donnerstag, bis sie den beteiligten Regierungen vorliegen kann, veröffentlicht werden. Die Antwort beschränkt sich auf rein juristische Fragen und weist es zurück, daß der Verband sich für berechtigt hält, wegen einzelner unbedeutender Beanstandungen bei der Militärüberwachung eine Verlängerung der Rheinlandbefehlung herbeizuführen, ohne die behaupteten Verstöße anzugeben. Artikel 429 des Vertrags von Versailles lasse als Grund für eine Besetzungserweiterung nur zu, wenn etwa die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands vorläge. Niemand werde behaupten können, daß ein solcher Zustand jetzt vorliege.

### Stöckung in den Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 7. Jan. Staatssekretär von Trendelenburg ist von Paris in Berlin eingetroffen, um der Reichsregierung über den von französischer Seite vorgeschlagenen Zwischenzustand und die sonstigen Schwierigkeiten in den Handelsvertragsverhandlungen zu berichten.

Die Vorschläge Clementels für einen Zwischenzustand





